

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.

Wochensatzlicher Abonnementpreis 0,75 M.; bei fester Bestellung durch den Briefträger ins Haus 12 Pf. mehr. Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Verbände- und Central-Kommissionen
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(1914-1915)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 22/23.

Verleger pro Heft:

Gesellschaft, 40 Pf., Familienanz., 25 Pf.
Verbandsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 22/23.
Gesamtvorstand: Axel Alexander, Nr. 4230.

Nr. 27/28.

Berlin, Sonnabend, 6. April 1918.

Fünzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Gebot der Stunde. — 8. Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Frauen und Mädchen D. D. — Delegiertentag des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter. — Allgemeine Kundgebung. — Antilicher Teil. — Anzeigen.

Das Gebot der Stunde.

Die gewaltigen Ereignisse, die sich in diesen Wochen an der Westfront abspielten, haben gewiß in viele Tausende von Familien das Gespenst der Sorge um liebe Angehörige geschickt, die an diesen gigantischen Kämpfen teilnehmen. Aber durch das ganze deutsche Volk geht gleichzeitig ein Zug der Erleichterung und der Hoffnung, daß es nun endlich doch gelingen wird, dem nun fast vier Jahre währenden Menschenmorden ein Ziel zu setzen. Im Osten ist der Friede geschlossen, denn auch die Verhandlungen mit Rumänien sind soweit gediehen, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages nur noch eine Frage der Zeit ist. Mit voller Kraft haben sich die deutschen Heere gegen die Feinde im Westen gewandt, die noch immer sich in dem Wahn wiegen, Deutschland niederwerfen zu können, und die dargebotene Friedenshand noch stets schmöde zurückgestoßen haben. Die Schläge, welche die Engländer und ihre verbündeten Bundesgenossen in diesen Wochen gespürt haben, sollten ihnen eigentlich die Überzeugung beibringen, daß sie gegen unsere wackeren Feldherren nicht aufkommen können, daß sie auch in eigenem Interesse nichts Besseres tun können, als unter annehmbaren Bedingungen Frieden zu schließen.

Noch freilich zeigen unsere westlichen Feinde diese Einsicht nicht. Der Kampf tobt einstweilen weiter, unendliche Opfer an Leben und Gesundheit erforderlich. Glücklicherweise trifft die furchtbare Verantwortung dafür nicht uns, da das deutsche Volk und seine Verbündeten wahrlich oft genug ihre Bereitschaft zum Frieden bekundet haben. Die Feinde wollen den Krieg, um Deutschlands Zukunft zu vernichten. Nun wohl, so mögen sie auch die Folgen tragen. Ihr Vernichtungswille wird schließlich scheitern an unserm Siegeswillen! Durch treue Pflichterfüllung, nicht nur draußen an den Fronten, sondern auch dabei im Vaterlande wollen wir alle mit dazu beitragen, daß die Absichten unserer Gegner vereitelt werden und sie schließlich doch zu der Erkenntnis kommen, daß sich das deutsche Volk nun und nimmer auf die Stufe hinabdrängen läßt, auf die es englischer Meid und Hochmut gern hinabstoßen möchten.

In diesem Weltkriege handelt es sich in erster Linie nicht um politische, sondern um wirtschaftliche Ziele. Wilhelm Ranison, den wir neulich zitiert haben, hat durchaus zutreffend ausgeführt, daß es namentlich England vor allem darauf ankommt, Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt zu vernichten und daß, wenn dieser Plan gelänge, die deutschen Arbeiter dadurch am härtesten getroffen würden. Nicht mehr in der Lage, in der Heimat ihr Brot zu verdienen, würden sie gezwungen sein, in fremde Länder auszuwandern und hier unter ungenügenden und schlechteren Lebensbedingungen ihren Unterhalt zu suchen. Auf die Ausschaltung des deutschen Konkurrenten im friedlichen Wettbewerb der Völker ist Englands Streben gerichtet, und — leider muß es gesagt werden — die Kriegsstimmung unter der englischen Arbeiterkraft ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen und wird immer von neuem dadurch angefaßt, daß man ihnen höhere Verdienste und bessere wirtschaftliche Verhältnisse in Aussicht stellt, wenn es gelingt, die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu brechen.

Das sind nicht Nutmahungen, sondern Tatsachen, die durch zahlreiche Zeugnisse aus feindlichem Munde bewiesen werden können. Nur einige solche Ausprüche seien hier wiedergegeben, von denen die „Zos. Brar.“ eine ganze Sammlung anführt. Das weitverbreitete und angelegene englische Fachblatt „Engineer“ rechnet mit der überlegten und organisierten Zerstörung der gesamten Anlagen und Ausrüstung der deutschen Industrie im allgemeinen. Bei dieser organisierten Zerstörung sollten auch die großen Eisen- und Stahlwerke Deutschlands ihr Ziel erhalten. Die Besetzung deutschen Gebietes durch verbündete Truppen sollte begleitet werden von der Zerstörung aller großen Industrien im besetzten Gebiete. Der Arbeitsminister John Sodae, ein früherer Arbeiterführer, erklärte am 13. März in einer Versammlung in Manchester, daß nach dem Krigen die Rohstoffe, über die die Verbündeten verfügten, den Mittelmächten nicht zugänglich gemacht werden dürfen. Bei einer früheren Gelegenheit hat derselbe gesagt: „Drei Millionen Tonnen deutschen Stahls kamen vor dem Krigen nach England. Ich werde keinen deutschen Stahl in England dulden, so lange es noch einen einzigen müßigen Hochofen in England gibt.“ In einer Rede zu London sagte der Minister Carrion: „Die Vereinigten Staaten und England — von Frankreich, Italien und den anderen Verbündeten zu schweigen — haben den Strid in der Hand, den wir Deutschland um den Hals legen können, und wir werden es auch tun.“ Der Präsident der nationalen Trade Union der Seelente und Seizer, Gavelod Wilson erklärte in einer Londoner Versammlung am 14. März d. J., über die Deutschen müsse der Boykott verhängt werden, und in der Zeitung „Daily Chronicle“ war zu lesen: „Wir werden die Deutschen zwingen, für uns 80 oder vielleicht 100 Jahre zu arbeiten: sie werden die Sklaven Europas.“

Ähnliche Meinungsäußerungen liegen auch von französischer Seite vor. Der Senator Ch. Humbert schrieb im „Pariser Journal“: „Deutschlands Bergwerke, Abriten, Werften werden uns umsonst Kohlen, Stahl, Schienen, Lokomotiven, Waggonen, Maschinen, Schiffe liefern müssen. Als Sklaven werden wir diese Rasse behandeln, die davon träumte, die Welt tyrannisch zu beherrschen.“ Und Humberts Kollege Chéron führte als Vorsitzender des Provinzialrates von Calvados aus: „Deutschlands Rechnung wird nicht durch die Rückgabe der beiden 1871 geraubten Provinzen beglichen sein. Alle Kriegskosten müssen den Deutschen aufgebürdet werden. Sie müssen die Summen für die Pensionen der Familien ihrer Opfer aufbringen. Alles, was sie zerstört haben, muß auf ihre Kosten wieder aufgebaut werden von der geringsten Güte bis zur prächtigsten Kathedrale. Sie und ihre Enkel werden im Schweiße ihres Angesichts arbeiten müssen, bis die Röhre, die sie verunstaltet Weise abgebaut haben, sich wieder höher erheben als zuvor. Ihre Schiffe müssen die uns bringen werden und im Triumph die Fahne der Freiheit über die Meere tragen. Der ungeheure Schaden, der durch die langsame Unterbrechung des nationalen Lebens und der Arbeit der Völker verursacht worden ist, muß in einer furchtbaren Kriegsschadenszahlung zum Ausdruck gelangen. Ihre Reichtümer, ihre großen Produktionsquellen werden nach und nach diese Schulden abtragen müssen. Es ist nicht zu unterlassen.

daß wir lange Zeit ihre Gläubiger bleiben werden; das ist eines der sichersten Mittel, um zu verhindern, daß sich ihre verbrecherische Macht von neuem gegen uns wendet.“

Das sind nur einige Proben, die sich endlos vermehren ließen, für die Stimmuna im feindlichen Auslande. Mag auch die durch die ewigen Mißerfolge gesteigerte Wut zu Keufungen führen, die nicht immer ganz ernst genommen zu werden verdienen, so zeigen doch die immer wiederkehrenden Trohungen mit der Vernichtung der deutschen Industrie und des deutschen Handels deutlich, welches die Endziele unserer Feinde im Westen sind. Es geht also tatsächlich jetzt ums Ganze. Dessen muß der deutsche Arbeiter sich bewußt sein, und danach muß er handeln. Tren und gewissenhaft hat er bisher in diesem Existenzkämpfe seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Jetzt, wo auch im Westen die Entscheidungsfunde näher rückt, wo Schlachten toben, wie sie in diesem Umfang selbst der Weltkrieg noch nicht gebracht hat, da werden die deutschen Arbeiter erit recht zeigen, daß sie wissen, um was es geht, nämlich um ihr tägliches Brot. Alle Kräfte müssen angespannt werden, die feindlichen Pläne zum Scheitern zu bringen. Mit eierem Fleiß, mit zäher Ausdauer, ohne Pause und Unterbrechung muß jetzt Tag und Nacht das Rüstzeug herangeschafft werden, was unsern Brüdern an den Fronten zum Schutz, aber auch zur Waffe gegen den Feind dienen kann. In Fabriken, in Bergwerken, draußen auf dem Felde muß jede Hand sich rühren, daß alles zur Verfügung steht, was gebraucht wird. Je größer jetzt die Anspannung, um so näher der Sieg und der Frieden! Dieser Gedanke muß jeden Deutschen bei der Arbeit befeelen und vor allen Dingen jeden etwaigen Verluh, durch Feiertagen oder Arbeitsniederlegungen auf den Gana der Dinge einwirken zu lassen, im Keime ersticken. Trotz des furchtbaren Siasos, den der politische Streik vor zwei Monaten erlitten hat, abt es verblendezte Fanatiker und urteilslose Narren, die auch vor einem neuen Versuch nicht zurückschrecken. Der 1. Mai bietet vielleicht diesen Elementen einen willkommenen Anlaß, wiederum in den Betrieben für einen Streik Stimmung zu machen. Den Menschen, die so wenig den Geist der Zeit verstehen, muß mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben werden, daß die deutsche Arbeiterkraft für ihre gefährlichen Experimente nicht am haben ist. Fleißige, ununterbrochene Arbeit — das ist jetzt mehr als je das Gebot der Stunde! Seine Erfüllung ist uns vorgeschrieben durch das eigene Interesse, durch das Gefühl der Dankbarkeit gegen unsere kämpfenden Brüder, durch die Sorge um die nationale Zukunft unseres Vaterlandes. Die Deutschen Gewerksvereine, die ihren Grundbügen getreu, stets ihre Mitglieder zu gewissenhafter Pflichterfüllung der Allgemeinheit gegenüber angehalten haben, die, jedem politischen Butid und Demonstrationsunfug abhold, stets vor der Beteiligung gemannt haben, halten es auch in diesem Augenblicke für ihre Aufgabe, auf den Ernst der Stunde hinzuweisen und alle, die auf ihrem Boden stehen, eindringlich zu ermahnen, regelmäßig und fleißig ihrem Tagewerk nachzugehen, sich durch keinerlei Gründe von der Arbeit fernhalten zu lassen, sondern fest ihren Mann zu stehen, bis die hoffentlich nicht mehr allzu ferne Stunde der Entscheidung geschlagen hat und der Friede seinen Einzug hält.

6. Generalversammlung des Gewervereins der Deutschen Frauen und Mädchen S.-D.

Am 1. Osterfeiertag traten die Delegierten des Gewervereins der Deutschen Frauen und Mädchen zur 6. Generalversammlung im traditionellen Tagungsort der Gewervereinsparlamenten, dem Verbandshaus der Deutschen Gewervereine in Berlin zusammen. Zunächst konnte die Hauptvorsitzende Frau Wilhelm-Berlin amends 8 Uhr sämtliche Delegierten der Generalversammlung, den Vertreter des Verbandes Kollegen Neukardt und eine Anzahl Gäste begrüßen. Einige Glückwunschschreiben, darunter auch ein solches von Fräulein Friedenthal-Berlin zeigten das Interesse weiterer Kreise an den Beratungen. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen und der satzungsgemäßen Prüfung der Mandate wurde Frau Frau Sing-Danzig als erste, Frau Seimberger-Dresden als zweite Vorsitzende und Fräulein Welle-Schranberg als Schriftführerin gewählt.

Den Tätigkeits- und Kassenbericht erstattete Fräulein Silbermann-Berlin. Der umfassende Tätigkeitsbericht gab ein getreues Spiegelbild der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse der Frauen in ihrem vielfältigen Pflichtenkreis, namentlich als Hausfrau, Mutter und Arbeiterin. Der Gewerverein der Frauen und Mädchen hat sich an der gemeinsamen Arbeit aller Faktoren zur Behebung der namentlich durch den Krieg für die Frauen hervorgerufenen Schwierigkeiten ständig und eifrig beteiligt und für seine Mitglieder durch seine Selbsthilfeeinrichtungen der Binderung so manchen Notstand entgegenzutreten können. Der interessante und übersichtliche Bericht ließ keine der vielen Frauenfragen unberührt und gab geradezu glänzendes Beweismaterial für die Nützlichkeit der Bestrebungen der Deutschen Gewervereine, ihre unermüdlige, erspriehliche Arbeit im Interesse der Arbeiterin im allgemeinen und der Arbeiterinnen im besonderen. Er begründete aber auch zu gleicher Zeit die Notwendigkeit der Organisation. Wohlverdienter Beifall lohnte die Ausführungen der bewährten Geschäftsführerin, dem sich der Vertreter des geschäftsführenden Ausschusses in warmen Anerkennungsworten für die fleißige Arbeit im Interesse der Gewervereine anschloß.

Der Kassenbericht gab ebenfalls ein günstiges Bild. In Gesamtunterstützungen wurden aus der Hauptkasse gezahlt 5520,73 Mark. Die Mitgliederzahl ist fast um das Doppelte geblieben, in gleichem Verhältnis konnte das Vermögen erhöht werden, das insgesamt 10329,43 Mark beträgt. Nach dem Bericht der Hauptvorsitzenden, Frau Welle-Berlin, die namentlich die musterhafte Führung der Bücher hervorhob, wurde der Geschäftsführerin Entlastung erteilt.

Die rege Diskussion zeigte, daß auch die einzelnen Ortsvereine, darunter namentlich der Ortsverein Danzig, die Arbeiterinneninteressen örtlich wirksam vertreten und für die Mitglieder gesorgt hatten. In Danzig hat sich die Einrichtung von Arbeitsstuben für die Mitglieder und andere Arbeiterinnen sehr gut bewährt. Die Militärbehörden haben diese Wohlfahrtseinrichtung tatkräftig unterstützt. Die einzelnen Ortsvereine haben vielfach größere Summen für die Unterstützung der Mitglieder aufgewendet, die in der gezahlten Unterstützungssumme nicht mit zum Ausdruck gekommen sind. Die interessante Aussprache ergänzte den Geschäftsbericht und zeigte eine rege Tätigkeit des Gewervereins und aller seiner Glieder auf allen wirtschaftlichen und sozialen Gebieten.

Am 2. Osterfeiertag beschäftigte sich die Generalversammlung zunächst mit einem Vortrag, den Fräulein Elise Lüders-Berlin über das Thema: „Wie soll sich die Tätigkeit der Frau nach dem Kriege gestalten“. In ausführlicher Weise schilderte die Vortragende die Entwicklung der Frauenarbeit in der ganzen Kriegszeit. Die Frauen haben sich bereitwillig dem Vaterlande zur Verfügung gestellt; sie bilden einen nennenswerten Bestandteil der Seemannsarmee. Die Mühe und Schwierigkeiten, die sich hauptsächlich für die Frauen auf dem Arbeitsmarkt infolge des planlosen Durcheinanders bei Beginn des Krieges ergaben, müssen für die Ueberanastwirtschaft unter allen Umständen auch im Interesse des Vaterlandes vermieden werden. Die Rednerin begründete die entsprechenden Forderungen. Dem allgemein verständlich gehaltenen Vortrage lagen nachstehende Leitätze zugrunde, denen der Delegiertentag zustimmte:

I.

Es ist dringend zu wünschen, daß die durch den Krieg übermäßig gesteigerte Frauenarbeit nach dem Kriege wieder eingeschränkt wird. Es steht jedoch zu erwarten, daß die Frauenarbeit auch im künftigen Frieden noch umfangreicher bleiben wird, als sie vor Kriegsausbruch war. Es sprechen volkswirtschaftliche Gründe dafür, daß alle Kräfte, Männer und Frauen, in hohem Maße zum Wiederaufbau angespannt werden müssen; es sprechen privatwirtschaftliche Gründe dafür, daß angesichts der verteuerten Lebenshaltung immer breitere Schichten von Frauen zur Erwerbsarbeit gezwungen bleiben.

II.

Die starke Frauenarbeit, namentlich die Erwerbsarbeit der Frau und Mutter ist häufig verbunden mit schweren Gefahren für die Volksgesundheit und Volkswirtschaft. Es sind daher neben den allgemeinen für den Wiederaufbau notwendigen sozialen Reformen (Wohnungsreform, Armenkolonisation, Ausgestaltung des Arbeitsrechts usw.) eine Reihe besonderer Schutzmaßnahmen für die erwerbstätigen weiblichen Personen notwendig. In erster Linie ist zu fordern:

a) Eine starke Arbeiterinnen-Schutzgesetzgebung, welche die Arbeitszeit und die Pausen in gesundheitlich einwandfreier Weise regelt und für den Frauenkörper besonders schädliche Verrichtungen entweder ganz verbietet oder mit erhöhten Schutzbedingungen umgibt; der Schwangerschutz und Wöchnerinnenschutz ist auszubauen.

b) Zum Schutz der hilflos an Heimarbeit angezwungenen Frauen ist die strikte Durchführung des Hausarbeitgesetzes notwendig, vor allem sind die auf die Lohnfrage bezüglichen Paragraphen des Gesetzes in Kraft zu setzen; auch ist bei behördlichen Aufträgen der Lohnfrage besondere Beachtung zu schenken. c) Die Versicherungsgesetzgebung ist auszubauen; die Krankenkassen sind eventuell durch Reichsversicherungsanstalt in die Lage zu versetzen, daß sie einen starken Schwangerschutz und Wöchnerinnenschutz für möglichst breite Kreise unseres Volkes ausüben können; die Berufsgesetzgebung ist auf die Heimarbeit auszubauen.

III.

In der Uebergangswirtschaft werden sich für die Frauenarbeit ganz besonders schwere Probleme ergeben. Ein Teil der Frauen, die nur Kriegserwartungen übernommen hatten, müssen den heimkehrenden Kriegern Platz machen; außerdem werden sich starke Verschiebungen notwendig machen, um die Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft umzugestalten. Um Härten möglichst zu vermeiden, ist den Unternehmern aufzugeben, daß sie Entlassungen von Arbeiterinnen nur allmählich und mit mindestens 14tägigen Kündigungsfristen vornehmen dürfen. Vor allen Dingen aber ist das Arbeitsnachweismeser mit besonderer Berücksichtigung der weiblichen Abteilungen gründlich auszubauen.

IV.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen, da sie von der Art des Friedensschlusses, von der Jahreszeit, von der Art der Demobilisation der Truppen usw. beeinflusst wird. Zwar wird der Wiederaufbau alle Kräfte in Anspruch nehmen, es ist jedoch möglich, daß in einzelnen Industriezweigen, für welche die Rohstoffe nicht schnell genug zu beschaffen sind, Mangel an Arbeitsgelegenheit bestehen wird. Bei allen Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, die in der Uebergangswirtschaft vom Reich, von den Einzelstaaten oder Gemeinden getroffen werden, sind die Bedürfnisse der Arbeiterinnen besonders zu berücksichtigen.

V.

Es ist den Arbeiterinnen dringend zu raten, sich nicht nur auf die Staatshilfe zu verlassen, sondern auch die Einrichtungen der Selbsthilfe auszubauen, indem sie sich der Berufsorganisation anschließen und Schuster an Schuster mit den männlichen Arbeitskollegen diese Organisationen zu widerstandsfähigen und leistungsfähigen Körperschaften ausbilden. Durch den Zusammenstoß erhält die Arbeiterin Schutz vor Lohnraub und einen Beitritt bei den Gärten, welche die Uebergangswirtschaft mit sich bringen wird.

Nach dem mit großem Interesse und lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage wurde in die Beratung der Statuten des Gewervereins eingetreten. Die lebhafteste Erörterung rief die Beitragsfrage hervor. Man einigte sich schließlich auf zwei Beitragsstufen von 15 und 25 Pf. pro Woche. Auch die Unterstützungsätze wurden den veränderten Verhältnissen angepaßt. Die Anträge auf die Vergrößerung des Organs des Gewervereins wurden in Anbetracht der Kriegsverhältnisse dem Hauptvorstand zur späteren Erledigung überwiesen. Eine gründliche Aussprache zeitigten die Agitationsfragen, denen aufklärende Vorträge von Frau Sing-Danzig und Frau Leonhardt-Berlin zugrunde lagen. Beide Rednerinnen mußten die Gleichgültigkeit der meisten arbeitenden Frauen gegenüber den Bestrebungen der Organisation feststellen. Durch Anstoß der Ortsvereine an die bestehenden Orts- und Ausbreitungsverbände und tatkräftige Mitarbeit

ihrer Vertreterinnen soll versucht werden, die Männer für die Arbeiterinnen-Organisation mehr zu interessieren und die berechtigten Interessen der Arbeiterinnen zur Anerkennung zu bringen. Durch Reubelebung des Bezirksleiterinnenapparates soll die Agitation gefördert werden. An den Einrichtungen des Beihilfe-Fonds wurden wesentliche Änderungen nicht vorgenommen.

Als Hauptvorsitzende wurde die lange Jahre in diesem Amt tätige Kollegin Frau Wilhelm-Berlin wiedergewählt, als Stellvertreterin Frau Leonhardt, Fräulein Silbermann wurde als Geschäftsführerin gleichfalls wiedergewählt. Die Wahlen der Hauptvorsitzenden, des Hauptvorstandes usw. ergaben keine wesentliche Änderung in der bisherigen, bewährten Zusammensetzung der Leitung des Gewervereins.

Delegiertentag des Gewervereins der Fabrik- und Handarbeiter.

Die noch immer nicht genügend geklärte Kriegslage hat dem Generalrat des Gewervereins der Fabrik- und Handarbeiter Veranlassung gegeben, seinen im Vorjahre erteilten Delegiertentag zu Ostern 1918 im Verbandshaus der Deutschen Gewervereine zu Berlin stattfinden zu lassen. Die Vorversammlung wurde am Ostermontag, nachmittags 4 Uhr, vom Vorsitzenden des Generalrats, Muckrausch, eröffnet, der in längerer Begrüßungsrede u. a. auch darauf hinwies, daß ein weiteres Hinschieben des Delegiertentages nicht am Plage gewesen sei und daß es jetzt darauf ankomme, die Einrichtungen des Gewervereins zweckmäßig auszubauen. Trotz der Schwierigkeiten waren alle Delegierten amreichend mit Ausnahme des Kollegen Mader-Biberach, der krankheitsbedingt verhindert war. Die Verbandsleitung war durch den Verbandsvorsitzenden Hartmann vertreten, der kurz auf die Bedeutung dieses Delegiertentages hinwies.

Die Mandate der Delegierten wurden sämtlich für gültig erklärt und darauf folgende Kollegen mit der Leitung der Geschäfte des Delegiertentages betraut: 1. Vorsitzender Denauf-Jung, Schriftführer Wobleben-Salle und Wincker-Althofer.

Nach der Vorversammlung fand im großen Saale des Verbandshauses eine stark besuchte Begrüßungsfeier statt, die einen durchaus harmonischen Verlauf nahm.

In der Hauptversammlung am Dienstag erstattete der Vorsitzende Muckrausch den Tätigkeitsbericht für die Zeit von 1914 bis 1917. Daraus ist zu entnehmen, daß am Schluß des Jahres 1913 eine Mitgliederzahl von 18355 vorhanden war. Die Entwicklung hat dazu geführt, daß jetzt einschließlich der im Seeresdienst stehenden Kollegen rund 23000 Mitglieder gezählt werden können; davon sind 700 Mitglieder, die den Tod für das Vaterland erlitten mußten, bereits in Abrechnung gebracht worden. Rund 9000 Mitglieder stehen im Felde. Die Zahl der Ortsvereine ist von 399 auf 446, also um 47 gestiegen. Es wird Aufgabe des Delegiertentages sein, eine weitere Förderung des Gewervereins möglich zu machen und in Ermüdung der durch den Krieg veränderten Verhältnisse die richtigen Wege zu diesem Ziele zu suchen. Muckrausch ging auf die Lohnbewegungen der vergangenen Zeit ein und verurteilte mit aller Entschiedenheit die Machinationen unverantwortlicher Leute, durch welche die Arbeiterin in politische Streiks hineingezogen werden sollen. Das Verhältnis des Gewervereins zum Verband der Deutschen Gewervereine wurde vom Berichtserstatter als gut und kollegial geschildert.

Den Kassenbericht erstattete der Hauptkassierer Raab, der in der Lage war festzustellen, daß das Gesamtvermögen des Gewervereins, ausschließlich der Krankenkasse, von 301764,47 Mk. am Anfang des Jahres 1914 auf 405576,90 Mk. Ende 1917 gestiegen ist. Es hat sich somit um 103812,43 Mk. vermehrt. Raab warnte aber vor übertriebenen Hoffnungen, die man auf diese Vermögensvermehrung hier und da setzt, und betonte, daß es angesichts der nach dem Kriege zu erwartenden Lohnbewegungen notwendig sei, für eine weitere Steigerung der Kassenverhältnisse Sorge zu tragen und die niedrigste Beitragsstufe von 15 Pf. zu befestigen. Der Beihilfe-Fonds hat ein Vermögen von 84300,88 Mk., gegen 73447,25 Mk. am Anfang des Jahres 1914; er hat sich somit um 10853,63 Mk. vermehrt.

Der Generalmajor Sprinaer gab die Erklärung ab, daß Rasse und Bücher stets in bester Ordnung befunden wurden.

Die Berichte riefen eine rege Aussprache hervor, in der völlige Uebereinstimmung mit der Verbandsleitung bezüglich der Maßnahmen zur Verbindung des Massenstreiks in der Kriegszeit zum Ausdruck kam. Eingehend wurde auch die Agitationsfrage und die Anstellung von Außenbeamten beraten. Den Ortsvereinsvorständen wurde zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß die aus dem Seeresdienst entlassenen Mitglieder dem Gewerbeverein restlos wieder angeführt werden. Es wurde ferner betont, daß es Pflicht der Mitglieder sei, sich außerhalb der Gewerbevereinsorganisation als Staatsbürger politisch zu betätigen und auch durch diese Betätigung die Gewerbevereinsache zu fördern.

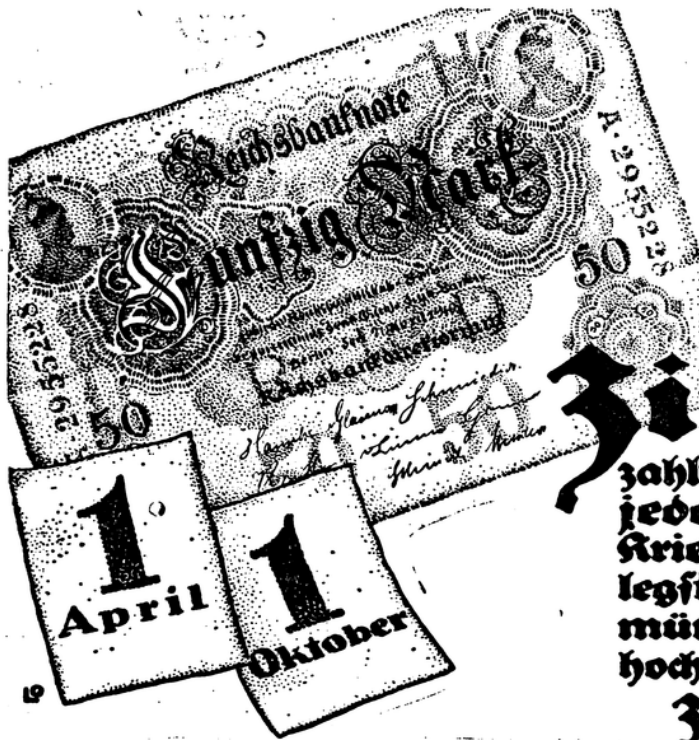
Nach der sehr eingehenden Aussprache wurde einstimmig beschlossen, daß das Vertrauensmännerystem einer größeren Beachtung durch die Ortsvereinsvorstände gewürdigt werden muß, daß die zum Seeresdienst eingezogenen Vertrauensmänner durch andere Kollegen ersetzt werden müssen und daß die Außenbeamten und der Generalrat verpflichtet sind, für die Durchführung dieses Beschlusses Sorge zu tragen. Den Beamten der Hauptleitung wird im Bedarfsfall zur Unterstützung der Reichstaatskandidatur des

Verbandsvorsitzenden einstimmig der erforderliche Urlaub erteilt.

Ueber die Tätigkeit der Gruppe „Bergarbeiter“ gab der Leiter dieser Gruppe, Schmidt-Wanne, einen ausführlichen, mit reichem Material versehenen Bericht, in dem er auf die seiner Zeit erfolgte Verharmelung des Gewerbevereins der Bergarbeiter mit den Fabrik- und Handarbeitern und auf die Gründe, die zu dieser Verharmelung geführt haben, eingieng, die im Interesse beider Teile erfolgte und glatt vollzogen werden konnte. Eine große Zahl von Konferenzen war notwendig, um die Interessen der Bergarbeiter genügend zu vertreten. Die hohen Unfallziffern im Bergbau geben zum Nachdenken Veranlassung und werfen die Frage auf, wie eine Einschränkung der Unfälle zu ermöglichen sei. Der Gehel hierzu müsse bei der Beratungskontrolle angefaßt werden, die unter der Verschmägerung der Ueberwachungsbeamten mit den Grubenbesitzern und Direktoren leide. Daher sei eine ausreichende Mitbeteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle unerlässlich notwendig. Die Sicherheitsmänner verlaßen oft, seien vielfach an den Mängeln vorbei und erfüllen nicht überall ihren Zweck. Er schilderte weiter die Uebelstände, die sich aus dem Brämen- und Antreiberystem und aus den Schikanen der Beamten im Bergbau ergeben. Die Zahl der

arbeitenden Frauen im Bergbau ist von 7205 vor dem Kriege auf 45 625 gestiegen, ebenso hat auch die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter im Bergbau erheblich zugenommen. Im Knappschaftswesen muß die Zersplitterung beseitigt werden, die in ihrer heutigen Form eine Schädigung der Arbeiter bedeutet. Notwendig sei auch eine Erhöhung der Invalidenrenten für Bergarbeiter, die den heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechen. In Gemeinschaft mit den anderen Organisationen der Bergarbeiter hat die Gruppe tatkräftig an der möglichen Lösung der Lohn- und Ernährungsfragen mitgearbeitet. Lohnsteigerungen sind erreicht worden, die besonders für die jugendlichen Arbeiter von Bedeutung sind. Die Werke haben aber so bedeutende Ueberflüsse erzielt, daß die erreichten Lohnerhöhungen dabei nicht ins Gewicht fallen. Die Löhne der Bergarbeiter müssen soweit heraufgebracht werden können, daß sich die Arbeiter zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit die notwendigen Nahrungsmittel beschaffen können. Schmidt gab am Schluß seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß die Gemeinheitsarbeit der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen auch auf die Friedenszeit übertragen werden kann, und wenn es bei gewissen Gelegenheiten doch wieder zu einem Kampf kommen sollte, dann müsse es gelingen, diesen Kampf rein sachlich zu führen.

Wer den Frieden will, der zeichne Kriegsanleihe!



50 Mark jährliche Zinsen
zahlt das Reich für jede 1000 Mark Kriegsanleihe. So legst Du Dein Geld mündelsicher und hochverzinslich an. **Zeichne!**

Dreue um Dreue, zeichnet Kriegsanleihe!

Das vorzügliche Referat erweckte lebhaftes Interesse, rief eine ausgiebige Diskussion hervor, in der u. a. auch betont wurde, daß die Vereinkung der Bergarbeiter mit dem Gewerbeverein der Fabrik- und Handarbeiter ein Vorteil für beide Teile gewesen sei, und führte zur einstimmigen Annahme folgender Entschlieung:

Die 13. Generalversammlung des Gewerbevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter (V.D.) billigt die Stellungnahme, die die Abteilung der Bergarbeiter bisher gegenüber den Berufsorganen der Bergarbeiter eingenommen hat. Die noch ständig steigenden Unfallziffern beweisen, daß der Schutz für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter nicht ausreichend ist. Die Grubenkontrolle läßt zu wünschen übrig und erfordert entscheidend eine bessere Wirkung der Bergarbeiter. Die im Arbeitsverhältnis stehenden Sicherheitsmänner sind infolge ihres Abhängigkeitsverhältnisses nicht in der Lage, die Kontrolle so auszuüben, wie es die Bergarbeiter verlangen müssen. Nur freigestellte Kontrollleure, die von den Arbeitern gewählt und vom Staat bezahlt werden, können die Aufgaben solcher Kontrollleure erfüllen.

Auf Knappschaftlichem Gebiet fordert die Generalversammlung eine weitere Vereinkung der Knappschaftsvereine. Das Ideal erblickt sie in einem Reichs-

knappschaftsverein. Da die einzelstaatlichen, gezeigebenden Körperschaften in diesen Fragen bisher versagt haben, hält sie nach wie vor an der alten Bergarbeiterforderung auf Schaffung eines Reichsbergarbeitervereins fest.

Entgegen den Behauptungen der Werkbesitzer, im Bergbau seien Tarifverträge nicht möglich, hält sie solche in Deutschland ebenso gut durchführbar, wie im Bergbau des Auslandes, wenn nur der gute Wille bei den Werkbesitzern dazu vorhanden ist. Die Arbeitsnachweise sind, wenn sie schon für den Bergbau besonders errichtet werden, paritätisch zu verwalten.

(Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 5. April 1918.

Unser parlamentarischer Fonds weist, wie die umstehende Oitung zeigt, wieder eine erfreuliche Zunahme auf. Er ist vom 1. Januar bis zum 1. April um 877,15 Mk. gestiegen und auf 3377,78 Mark angewachsen, ein Zeichen, daß unsere Mitglieder die Wichtigkeit einer parlamentarischen

Vertretung zu würdigen wissen und auch bereit sind, dafür Opfer zu bringen. Wir wollen hoffen, daß diese Opferwilligkeit auch weiter anhält und die Beiträge auch fernerhin reichlich eingehen. Denn die Kosten auch nur eines Wahlkampfes sind außerordentlich hoch, und wenn wir bei den nächsten Reichstagswahlen nur ein oder zwei Mandate davontragen wollen, dann sind viel erheblichere Mittel notwendig, als sie uns bis jetzt zur Verfügung stehen.

Das mögen sich insbesondere diejenigen Ortsverbände und Ortsvereine gesat sein lassen, die noch nichts zum parlamentarischen Fonds beigetragen haben. Leider ist deren Zahl keineswegs gering. Hier scheint man entweder noch nicht erkannt zu haben, welchen Vorteil mehrere ganze Bewegung aus einer eigenen parlamentarischen Vertretung ziehen würde, oder aber man ist zu gleichgültig und schiebt die Beteiligung an der Sammlung eines Fonds immer weiter hinaus. Das muß anders werden. An allen Orten muß das Interesse für diese Angelegenheit durch tatkräftige Kollegen geweckt werden. Es darf keinen Ort

geben, der nicht sein Scherlein zum parlamentarischen Fonds beigetragen hat. Und je reichlicher und schneller die Quellen fließen, umso größer wird der Ansporn für die Säumigen sein. Also nicht erlahmen mit den Sammlungen! Wenn wir im kommenden Deutschland die unierer Organisation zunehmende Stellung einnehmen wollen, dann müssen wir auch in den Parlamenten ein Wort mitzureden haben. Dessen müssen wir uns bewußt sein, und danach müssen wir handeln. Deshalb sammelt eifrig weiter für den parlamentarischen Fonds!

Fortschreiten der Reichswohnungsreform. Die Reformtätigkeit des Reiches auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist neuerdings in bemerkenswerter Weise in Fluß gekommen. Nachdem das Reich im Kriege durch die Schutzgesetzgebung für Hausbesitzer, Mieter und Hypothekengläubiger bereits stark in die Verhältnisse des Wohnungswesens eingegriffen und neuerdings durch den Reichsanwalt von Bayer auch die Bereitwilligkeit zu einer größeren finanziellen Bewilligung zur Unterstützung der Bautätigkeit erklärt hat, ist es jetzt im Begriffe, einen weiteren wichtigen Fortschritt zu vollziehen. Angesichts der immer wichtiger und umfassender werdenden Aufgaben des Reiches im Wohnungsweisen ist vor allem eine Ausgestaltung der einschlägigen Verwaltungsorganisation zur Bewältigung dieser großen Aufgaben erforderlich. Diese soll jetzt dadurch in die Wege geleitet werden, daß die bisherige Abteilung für Wohnungsweisen im Reichswirtschaftsamt erweitert und ausgebaut wird, insbesondere durch Schaffung der Stelle eines Vortragenden Rates für das Wohnungsweisen. Damit würde das Reichswirtschaftsamt einen wenigstens einigermaßen der Bedeutung der Sache entsprechenden Ausbau auf dem Gebiete erhalten. Der Hauptausschuß des Reichstages hat diese neue Stelle bereits bewilligt; es darf wohl mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Vollziehung sich der Bewilligung anschließen wird.

Von allen Freunden unseres Wohnungswesens wird dieser Fortschritt jedenfalls auf das dringendste verlangt, und seine Verwirklichung wird von ihnen auf das wärmste begehrt werden, da tatsächlich der bisherige Zustand die unbedingt notwendige Förderung des Wohnungswesens durch das Reich ausschließt.

Die Lage des Arbeitsmarktes zeigte auch im Februar keine wesentliche Veränderung in der Tätigkeit der deutschen Industrie gegenüber dem Januar. Sie bietet ungefähr dasselbe Bild wie in den vorhergehenden Monaten. Da sich die Volkswirtschaft vollkommen auf die Kriegsverhältnisse eingestellt hat, können stärkere Schwankungen nicht leicht vorkommen. Die Beschäftigung hielt sich auch gegenüber dem Vorjahr ungefähr auf derselben Höhe. Einige Industriezweige, an die besondere Anforderungen infolge des Krieges gestellt werden, konnten eine weitere Verbesserung ihres Geschäftsganges nachweisen. Die Berichte aus dem Verabau- und Hüttenbetrieb lassen erkennen, daß die aufsteigende Linie der letzten Monate auch im Februar sich gleichmäßig fortgesetzt hat. Die Lage wird besonders durch die Einstellungs neuer Arbeitskräfte, die zum größeren Teil dem männlichen Geschlecht angehören, gekennzeichnet. Die Eisen- und Metallindustrie und der Maschinenbau hatten die gleich rege Tätigkeit wie in den vergangenen Monaten aufzuweisen, wiewohl konnte die elektrische Industrie über einen gleichmäßig guten Geschäftsgang berichten. Eine weitere erhebliche Verbesserung ihrer Lage hatte die chemische Industrie zu verzeichnen. Sie war in der Lage, eine erheblich größere Anzahl von Arbeitskräften zu beschäftigen. Bei diesen Neueinstellungen waren wieder die Männer in der Mehrheit. Auf dem Baumarkt dagegen hat sich die Lage noch ruhiger als in den letzten Monaten gestaltet.

Die Nachweisungen der Krankenkassen lassen für die am 1. März in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Bereiche zum Anfang des Vormonats eine Abnahme um 7401 oder 0,1 v. H. (gegenüber einer Abnahme der Beschäftigtenzahl um 0,5 v. H. im Vormonat) erkennen. Die Verminderung trifft allein die weiblichen Kräfte, die um 11 088 oder 0,3 v. H. (gegenüber einer Verminderung um 0,9 v. H. im Vormonat) abgenommen haben, während die männliche Arbeiterkraft einen Zuwachs von 3687 oder 0,1 v. H. (gegenüber einer Abnahme um 0,1 v. H. im Vormonat) zu verzeichnen hatte.

Im Vergleich zum Vorjahr, zum 1. März 1917, läßt sich eine ungünstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes feststellen. Es war damals eine Zunahme an Arbeitskräften von 0,4 v. H. gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen gewesen, in geringerem Maße bei den Männern (0,1 v. H.), in höherem Maße bei den weiblichen Arbeitskräften (0,8 v. H.).

Nach den Feststellungen von 34 Fachverbänden, die für 126 768 Mitglieder berichten, betrug die Arbeitslozenzahl Ende Februar 1918 9308 oder 0,8 v. H. Es bedeutet dies eine Verbesserung gegenüber dem Vormonat mit 0,9 v. H. Im Vergleich zum Februar der vier vorhergehenden Jahre ist die Arbeitslozenzahl bedeutend geringer. Sie hatte namentlich Ende Februar 1915 5,1 und Ende Februar 1914, also in der Friedenszeit, 3,7 v. H. betragen; sie war Ende Februar 1916 auf 2,8 und Februar 1917 auf 1,6 v. H. zurückgegangen, also 1917 noch doppelt so groß als im Berichtsmonat.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für beide Geschlechter einen geringfügigen Rückgang des Andras der Arbeitssuchenden erkennen. Im Februar kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Berufen 58 Arbeitssuchende (gegenüber 62 im Vormonat); bei dem weiblichen Geschlecht sank die Andraszahl von 99 auf 93. Das Angebot stand also auf dem weiblichen Arbeitsmarkt noch äußerst günstig zur Nachfrage.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände über die Beschäftigung im Februar lassen für die Provinzen Westpreußen, Schlesien, Hannover und Westfalen keine wesentliche Veränderung erkennen. Ebenso weist die Lage in Mecklenburg, Thüringen, Baden und Württemberg feinerliche Besonderheiten auf. Eine Verminderung der Tätigkeit der Arbeitsnachweise erfolgte im Rheinland. In Schleswig-Holstein und im Königreich Sachsen ist die Zahl der besetzten Stellen gleichfalls zurückgegangen. Besonders jedoch hat die Nachfrage in Hessen und Hessen-Nassau nachgelassen. Nach dem Bericht aus Hamburg hat die Lage des Arbeitsmarktes sowohl eine Abnahme der männlichen wie der weiblichen Arbeitssuchenden ergeben. Dasselbe ging die Zahl der besetzten Stellen zurück. Dagegen kann aus der Provinz Sachsen und dem Gesamtum Anhalt über sehr lebhaft Nachfrage besonders nach Kadernarbeitern berichtet werden. Auch der Bedarf an Bau- und Erdbauarbeitern hat zugenommen. In Bayern ging die Nachfrage der Stellenfindenden zurück; es wurde jedoch die Nachfrage nach Arbeitskräften, so daß sich die Beschäftigungsmöglichkeit günstig gestaltet hat. In Elsaß-Lothringen ist bei einer Verminderung der männlichen Arbeitssuchenden die Zahl der besetzten Stellen zurückgegangen, die der offenen Stellen bedeutend geblieben. In den Frauenabteilungen hat die Zahl der Arbeitssuchenden zugenommen, und es konnte eine höhere Anzahl von Stellen besetzt werden.

Berufsfrankheiten als Betriebsunfälle zu behandeln und dementsprechend an entschädigen, bezweckt ein Antrag, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum Etat des Innern eingebracht hat. Der Reichsanwalt soll danach ersucht werden.

1. daß die Bekanntmachung über die Gewährung von Sterbegeld und Hinterbliebenrente bei Gesundheitsstörungen durch aromatische Nitroverbindungen vom 12. Oktober 1917 dahin erweitert wird, daß jede, körperliche, die Erwerbsfähigkeit der Arbeiter beeinträchtigende Schädigung, die bei der Herstellung oder Verarbeitung von nitriertem Kohlenwasserstoff entsteht, als Folge eines Betriebsunfalles im Sinne der Reichsversicherungsordnung anerkannt und entschädigt wird;

2. daß die Betriebe der Rüstungsindustrie, in denen a) durch die Handhabung oder Herstellung von Explosivstoffen,

b) durch giftige Gase, ätzende Dämpfe, Staubentwässerung oder andere, mit der Betriebsweise verbundene schädliche Einwirkungen besondere Gefahren für die beschäftigten Arbeiter entstehen; einer eingehenden, regelmäßigen Kontrolle ihrer Unfallverhütung- und sanitären Einrichtungen unterworfen werden. In die Untersuchungskommissionen und Zentralkontrollstellen für Sprengstoff- und Munitionsfabriken bei den Kriegsamthältern sollen Arbeiter dieser Betriebe, die von den Arbeitereauschüssen in Vertretung abgeordnet werden, als händige Vertreter hinzugezogen werden;

3. daß Arbeiter, die infolge dieser Betriebsstörungen erkranken und eine Einbuße an ihrer Erwerbsfähigkeit erleiden, nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Unfallversicherung entschädigt werden, und daß im Falle des Todes den Hinterbliebenen der Rentenanspruch gesichert wird.

Ähnliche Anträge werden, wie uns bekannt geworden ist, auch von anderer Seite kommen. Es wäre in der Tat dringend erwünscht, daß die Gleichstellung der Gewerkschaften mit den Betriebsunfällen endlich durchgeführt wird. Sollte dies während des Krieges nicht zweckmäßig erscheinen, so sollte der Reichsrat wenigstens von der ihm im § 517 der Reichsversicherungsordnung eingeräumten Befugnis, die Unfallversicherung auf bestimmte Berufsfrankheiten auszudehnen, endlich einmal, und zwar in recht weitgehendem Maße Gebrauch machen. Es wäre schon als ein erfreulicher Erfolg zu buchen, wenn wenigstens dieses Ergebnis aus der Beratung der Anträge zu Tage trat.

Ämtlicher Teil.

4. Quittung

Über eingelaufene Beträge für den parlamentarischen Fonds vom 1. Januar bis 31. März 1918.

Postarbeiter: Groß-Berlin, Ortsvereine I, III, IV, V, VI, VII Nr. 95,30, Berlin II (Königst.) 4,70, Düsseldorf 15,00, Hamburg 10,00, Maschinenbau- und Metallarbeiter: Altsenften 15,00, Berlin XII 17,75, Duisburg 50,00, Düsseldorf 250,00, Eller 42,50, Essen-Ruhr 20,00, Gerresheim 5,00, Görtlich II 3,50, Hamburg 12,00, Holtmann 6,50, Somburg a. Rh. 5,00, Sordel 3,00, Köln-Mülheim 15,00, Mariendorf 28,25, Reusfälden 22,50, Opel 3,00, Rortzheim 3,00, Sroittau 10,00, Schneider: Seltin 50,00, Textilarbeiter: Berlin 5,00, Ortsverbände: Ansburg 22,00, Erlangen 5,00, Somburg 15,00, Danau 5,00, Kiel 10,00, Mannheim 27,10, Tiedtburg 20,00, Schwelm 10,00, Srieonau 5,00, Sittau 3,25, Privat: Moosmann-Dramburg 2,00, Franz Moosmann-Dramburg 2,00, Kanaalsdorf-Tellau (a. H.) im Reide 10,00, Schönefeld-Brandenburg (a. H.) im Reide 3,00, Summa M. 577,15, Bericht quitiert M. 2,00,63, Summa M. 377,78.

Berlin, den 2. April 1918.
A. Klein, Verbandssekretär.

Rechenliste

des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (D.-D.)
Quittung über eingelegte Beiträge im Monat März 1918.

Baubauarbeiter: Nr. 2245 M. 1,52, Gemeindearbeiter: Berlin 4,88, Kanfiter: Nr. 2965 2,08, Manditoren: Matior Nr. 3192 0,96, Mater, Lederer: Ansburg 2,86, Dresden Nr. 2904 1,17, Maschinenbau- und Metallarbeiter: Reußlau 14,21, Fuhrmann-Nummelsburg 4,88, Oefele Nr. 970 2,31, Kofer Nr. 1352 1,56, Porzellanarbeiter: Martin Nr. 423 3,64, Berlin Nr. 1944 4,69, Vateronier Nr. 1481 4,58, Schneider: Fiegenbaum Nr. 2937 1,17, Herrmann Nr. 981 1,56, Schuhmacher und Lederarbeiter: Wälsch-Stern 5,33, Wardenik 6,24, Feik 1,95, Textilarbeiter: Hof 3,10, Töpfer: Dieren 1,04, Ortsverbände: Sannau 44,07, Nürnberg 29,75, Summa Mart 148,91.

Berlin, den 2. April 1918.
A. Klein, Hauptsekretär.

Unter Bezugnahme auf § 5 des Statuts werden wir bekannt, daß nachstehende Mitglieder der Rechenliste des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften aus der Liste ausgeschieden sind, wenn sie nicht innerhalb vier Wochen die fehlenden Beiträge bezahlten:

Textilarbeiter: Nr. 5507 Einiedel.

Berlin, den 2. April 1918.

Paul Rälger, A. Klein, Vorsteher, Hauptsekretär.

Anzeigen-Teil.

Samstag, den 14. April, mittags 12 Uhr.
Große Kundgebung

für
Sozialpolitik nach dem Kriege,

in der Philharmonie, Berlin, Fernburgerstr. 22.

Führende Männer der Sozialpolitik und der deutschen Arbeiterbewegung werden die Wünsche der Arbeiter und Angehörigen zum Ausdruck bringen. Deshalb darf die Veranstaltung auch nach außen hin einen Eindruck nicht verfehlen. Die Gewerkschaften von Groß-Berlin sind zu der Veranstaltung herzlich eingeladen, und es darf erwartet werden, daß sie von den ihnen zur Verfügung gestellten Karten, ohne die der Eintritt nicht gestattet ist, recht ausgiebigen Gebrauch machen.

Die Soziale Kommission Groß-Berlin.